

KURS:EUROPA

Oktober 2018.



KNUT FLECKENSTEIN

Für Hamburg. Für Europa.



S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialisten & Demokraten
im Europäischen Parlament

GEMEINSAM FÜR UNSERE EUROPÄISCHEN WERTE

DIE EUROPÄISCHE UNION IST EIN EINMALIGES FRIEDENSPROJEKT



Vor einiger Zeit habe ich Auschwitz besucht. Bewusst alleine, ohne Mitarbeiter oder Kollegen, ohne den Zwang etwas sofort formulieren zu müssen. Das war gut so, denn man kann diesen Ort nicht sofort begreifen. Viel zu unfassbar ist das Ausmaß des Leids, der Schande, der Trauer. Aber ein solcher Besuch erinnert uns an unsere eigentliche Aufgabe als Politiker, auch in Brüssel: Wir wollen dafür sorgen, dass nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus eine Chance in Europa haben. Daran sollten wir uns immer wieder erinnern, wenn wir in alltäglichen Detaildiskussionen miteinander streiten. Unsere Europäische Union ist ein einmaliges, großes Friedensprojekt und das Eintreten für unsere europäischen Werte ist nichts anderes, als das Bekenntnis nie wieder eine Diktatur zuzulassen. Es ist wichtig, für die bürgerlichen Freiheiten, für die Freiheit der Medien, für Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie zu streiten, nach außen, aber vor allem leider auch wieder nach innen. Deshalb müssen wir wachsam bleiben und klare Haltung zeigen gegenüber den Orbans, den Le Pens und den Höckes ebenso wie gegenüber deren Wegbereitern, die sie (aus Moskau) finanzieren oder mit einer „America First“-Politik ermutigen. Vielleicht sollte ein Besuch in Auschwitz Pflicht für alle Demokraten im Europäischen Parlament sein. Es hilft beim Geradestehen.

Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Deshalb bin ich vor vielen Jahren in die SPD eingetreten und deshalb arbeite ich heute in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (kurz S&D) im Europäischen Parlament mit. Und das gern – trotz Rückschlägen.

Über 70 Jahre kein Krieg in Europa. Das ist angesichts unserer gemeinsamen Geschichte eine großartige Errungenschaft. Selbstverständlich ist sie aber keineswegs. Auch nach außen hat die EU sich als *Soft Power* einen Namen gemacht: Friedensmissionen, Katastrophenhilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Hilfe beim Aufbau und der Festigung junger Demokratien sind heute weltweit anerkannt unser Markenzeichen. Das muss auch weiterhin im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Gleichzeitig müssen wir uns in einer zunehmend multipolaren Welt gemeinsam um unsere europäische Sicherheit und Verteidigung bemühen. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion sollte aber nicht zu sinnloser Aufrüstung führen, sondern zu mehr Effizienz.

Unsere Werte

Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte

müssen immer wieder verteidigt werden.

Gegenüber der ungarischen oder der polnischen Regierung, gegenüber Wladimir Putin und Donald Trump. Aber auch gegenüber (Cyber-)Angriffen und profitgierigen Großkonzernen - gegenüber allen, die unsere Werte und Standards opfern wollen. Zulasten der Vielen, zugunsten von Wenigen.

Unsere europäischen Werte sind für uns SozialdemokratInnen nicht verhandelbar! Nur wenn wir diese Werte innerhalb der Europäischen Union leben, können wir auch für andere ein Vorbild sein. Das Verhalten einiger europäischer Regierungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten zeigt jedoch, dass auch innerhalb der Europäischen Union noch Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

Und genau hier gilt es momentan anzusetzen. Wir müssen den BürgerInnen Europas deutlich machen, dass Migranten und Flüchtlinge keine Bedrohung für unser Land sind, sondern eine Bereicherung. Deshalb lasst uns gemeinsam für ein offenes und soziales Europa stimmen.

EU-MIGRATIONSPOLITIK

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR

Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Unsere Aufgabe ist es, die Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft zu wahren für Frieden und für Gerechtigkeit bei uns in Europa und in der Welt.

Die Haltung der S&D-Fraktion ist klar:

- Flüchtlingspolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe der EU. Um unseren internationalen und humanen Verpflichtungen zu entsprechen, müssen wir solidarisch handeln. Wer sich verweigert, muss wenigstens die finanziellen Lasten der anderen mittragen.
- Das Asylgrundrecht darf nicht eingeschränkt werden.
- Wir kämpfen für ein harmonisiertes Asylsystem mit fairen Regeln und klarer Verantwortung für alle Mitgliedstaaten. Wir müssen nachhaltige Lösungen für eine europäische Migrationssteuerung finden, um mehr sichere und legale Möglichkeiten der Migration zu schaffen.
- Die EU-Außengrenzen müssen kontrolliert werden, damit die innereuropäischen Grenzen weiterhin offen beziehungsweise wieder offen sein können.
- Die gute Kooperation der EU mit Afrika muss weiter vertieft werden. Wir wollen die afrikanischen Staaten verstärkt bei der Armutsreduzierung unterstützen.
- Wir treten für eine internationale Politik der Krisenprävention ein, damit Menschen gar nicht erst gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen: Eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen kann nur durch vernetztes Denken von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und

- gemeinsamer Sicherheitspolitik gelingen. Dazu gehört auch, dass wir unsere eigene Handelspolitik radikal dahingehend überprüfen, inwieweit sie zu Armut und Ungleichheit beiträgt.
- Die Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist der richtige Weg, um entlang der Migrationsrouten gestrandeten Menschen bei der Rückkehr und Wiedereingliederung in ihren Heimatländern zu helfen.
- Die Auffanglager im Niger für schutzbedürftige Menschen, die im Rahmen des Nothilfe-Transitmechanismus aus Libyen evakuiert wurden, müssen unbedingt unter der Federführung vom UNHCR bleiben und regelmäßig geprüft werden.
- Wir setzen uns für mehr Ressourcen für die Seenotrettung ein. Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer müssen durch staatliche und EU-Akteure übernommen und koordiniert werden, damit eine klare rechtliche Verantwortung besteht.

Solange EU-Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung nicht nachkommen, verdienen Hilfsorganisationen und humanitäre HelferInnen unsere größte Unterstützung. Wir unterstützen Seenotrettungsorganisationen politisch und diplomatisch und fordern, dass ihre Arbeit nicht kriminalisiert werden darf.



Diskussion mit kroatischen Polizeibeamten nach der Sperrung der Donaubrücke, um Flüchtlingsströme zu stoppen.



Besuch des ASB-Flüchtlings-Camps in Thessaloniki, Griechenland

POLITIK FÜR HAMBURG

WAS TUT EUROPA FÜR HAMBURG?



Diese Frage impliziert die Erwartungshaltung, dass die EU in unmittelbaren Maßnahmen hier sichtbar werden soll. Das wird sie auch, aber es steht in der Regel nicht „EU“ darauf. Es ist kein übergeordnetes Ziel der EU, in die Kommunalpolitik einzugreifen und sie von Brüssel aus zu steuern. Ganz im Gegenteil. Die EU soll nur dort aktiv werden, wo gemeinschaftliche Lösungen bessere Resultate erbringen. Es gilt das sogenannte Subsidiaritätsprinzip. Dafür haben wir SozialdemokratInnenen uns in der Vergangenheit immer stark gemacht. Viel zu oft haben wir erlebt, dass die EU ihren Einfluss geltend machen wollte, wo es unangebracht war: durch Verbote von Ölkännchen in Restaurants oder durch das Festsetzen eines Krümmungsgrads der Gurke.



Es ist sinnvoll, dass EU-Gelder überwiegend den Nationalstaaten und Regionen zur Verfügung gestellt werden, damit diese mit ihrer Expertise entscheiden, wo sie direkt ihre Wirkung entfalten können. Da gibt es zum einen den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der für den wirtschaftlichen Auf-

holprozess der ärmeren Regionen sorgen soll, und zum anderen den Europäischen Sozialfonds (ESF), welcher der Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration dient. Bei uns in Hamburg werden allein über dreißig Projekte des Europäischen Sozialfonds realisiert, die Qualifizierung, Bildung und Erwerbstätigkeit erhöhen sollen.

Transeuropäische Netze

Hamburg ist eingebunden in eine gesamt-europäische Verkehrsplanung: die transeuropäischen Netze. Unsere Stadt ist Teil von drei europäischen Hauptverkehrsstrecken. Auch dadurch fließen EU-Gelder nach Hamburg, die dem Ausbau der Inf-

rastruktur zugute kommen. Ein Beispiel ist die neue S-Bahn Linie 4 nach Bad Oldesloe, deren Planung von der EU bisher mit 5 590 000 Euro bezuschusst wurde. Diese Förderung umfasst 50 Prozent aller bis 2015 erbrachten Planungsleistungen. Ziel ist es, den bestehenden Engpass auf der Strecke Hamburg-Lübeck zu beheben und damit den Hamburger Hauptbahnhof zu entlasten. Die transeuropäischen Netze sind ein Beitrag der Europäischen Union zur Umsetzung und Entwicklung des Binnenmarktes und sollen den wirtschaftlichen Zusammenhalt verbessern.

Das Hafepaket (Port Package III)

EU-Richtlinien und Verordnungen wirken auch an anderen Stellen in unserer Stadt. Der Hafen ist für Hamburg das Tor zur Welt. Er ist der größte deutsche Seehafen und der drittgrößte Containerhafen in Europa. Als Hamburger Europaabgeordneter steht der Hafensektor auch für mich im Mittelpunkt meiner Arbeit im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN). 15 Jahre lang wurde an einer europäischen Hafenverordnung gearbeitet. Sie soll den EU-Häfen für die nächsten Jahre Rechtssicherheit bieten, für eine finanzielle Transparenz der Häfen sorgen und insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Als Berichterstatter habe ich seit 2013 an dem Hafepaket III gearbeitet. Ich stand in regelmäßigem Austausch mit den Vertretern des Hamburger Hafens, mit der Wirtschaftsbehörde, mit UnternehmerInnen und GewerkschafterInnen, um mich in Brüssel für die Interessen der Häfen stark zu machen. Besonders wichtig war, dass mit der Verordnung auch eine Stärkung der Arbeitnehmerinteressen einhergeht: Erstmals wird in dem Hafepaket deutlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Häfen auch von gu-

(c) SergiyN / shutterstock.com

ten Arbeitsplätzen und gut ausgebildeten Hafenarbeitern abhängt. Das ist der größte Erfolg für uns SozialdemokratInnen. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass keine weitere Zwangsliberalisierung in den Häfen stattfindet. Und die Kommission hat am Ende eingesehen, dass Gleichmacherei („one size fits all“) nicht notwendig ist, um zum Beispiel die Rechte der Hafennutzer zu stärken. Leider hat sich nicht alles nach unseren Vorstellungen verwirklichen lassen. Gerne hätten wir den Häfen eine größere Selbstständigkeit eingeräumt.

Die EU-Mitgliedstaaten haben eine zweijährige Übergangsphase (bis 2019), um die nötigen Anpassungen vorzunehmen. Da es sich beim Hafepakett um eine Verordnung handelt, ist diese für die Mitgliedstaaten direkt verbindlich, ohne dass es eines weiteren nationalen Gesetzgebungsaktes bedarf.

Bodenverkehrsdienste

Ein anderes Thema meiner Arbeit, das auch Hamburg unmittelbar betrifft, war ein Liberalisierungsvorschlag der Bo-



Flughafenchef Michael Eggenschwiler (r.)

denverkehrsdienste an Flughäfen. Zu den Bodenverkehrsdiensten zählen alle Dienstleistungen bei der Abfertigung von Flugzeugen, Passagieren und Fracht beispielsweise die Flugzeugbeladung und Flugzeugentladung.

Unter der Barroso-Kommission sollte mehr Konkurrenz erzwungen werden, um Flughäfen angeblich effizienter zu machen. Bei Bodenverkehrsdiensten entfallen rund 70 Prozent der Kosten auf die Löhne. Eine weitere Konkurrenz wäre zwangsläufig zu Lasten der Arbeitnehmer gegangen, die ohnehin meist in Teilzeit und mit geteilten Diensten einen Knochenjob machen.

Wir SozialdemokratInnen haben das immer abgelehnt. Umso erfreulicher war es, dass wir die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker überzeugen konnten, den Liberalisierungsvorschlag fallen zu lassen.

HAMBURG UND BRÜSSEL GUT VERNETZEN

Für Hamburg ist eine gute Vernetzung zwischen allen Politikebenen sehr wichtig. Regelmäßige Gespräche mit unserem Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher, mit unserer Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, mit den Hamburger SenatorInnen und der Hamburgischen Bürgerschaft ge-

hören dazu, um Ideen, Anregungen und Probleme auf schnellem Weg nach Brüssel zu transportieren.

So können wir gemeinsam Einfluss nehmen auf die europäische Politik. Wir können ein Bewusstsein schaffen für unsere Region, Gesetzesvorschläge beeinflussen und somit dafür sorgen, dass auch dort für Hamburg die Weichen richtig gestellt werden.

Darüber hinaus bin ich Verbindungsperson für Hamburger Unternehmen und BürgerInnen und kümmere mich darum, dass ihre Anliegen und Ideen in Brüssel ankommen. Eine gute Zusammenarbeit mit unserem hoch effizienten Hanse Office mit Sitz in Brüssel ist mir dabei sehr wichtig.



Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher (r.)



Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (l.)

Um Brüsseler Entscheidungsträger für Hamburger Belange zu sensibilisieren, lade ich sie immer wieder gern in unsere schöne Stadt ein.



Im Laufe der letzten Legislaturperiode besuchte mich EU-Verkehrskommissarin Violetta Bulc in Hamburg. Es gab gemeinsame Gespräche mit Jens Meier (HPA), Hagpag Lloyd und dem Verband deutscher Reeder.



Unseren ehemaligen S&D-Fraktionsvorsitzenden Gianni Pittella brachte ich im Rathaus mit Andreas Dressel und Barbara Duden zusammen.

BEGEGNUNGEN



Auch meine niederländische Fraktionskollegin Kati Piri konnte ich für einen Besuch in Hamburg gewinnen. Bei unserer Europakonferenz im Kurt-Schumacher-Haus entstand dieses spontane Selfie mit Niels Annen, Katarina Barley, Kati Piri und Lars Klingbeil.



Gemeinsam mit EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz Christos Stylianides und unserer zweiten Bürgermeisterin Katharina Fegebank besuchte ich das Bernhard-Nocht-Institut. Wir informierten uns über die Arbeit

für Tropenmedizin und bekamen einen Einblick in ein mobiles Speziallabor für den Kampf gegen tödliche Infektionskrankheiten.



Im letzten Jahr wurde das Gymnasium Ohlstedt als Europaschule und Botschafterschule für das Europäische Parlament geehrt. Ich habe mich sehr darüber gefreut, aus diesem Anlass mit den SchülerInnen zu diskutieren.

TOGETHER - so heißt die Veranstaltungsreihe der S&D-Fraktion, die den Dialog zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen mit den BürgerInnen sucht.

Gut, dass wir in Hamburg Gastgeber sein konnten für die gelungene internationale Konferenz zu „Migration in einer globalisierten Welt“. Über vierhundert Gäste aus ganz Europa und Afrika kamen dafür ins Curio-Haus.





Gute Zusammenarbeit mit unserem ehemaligen Außenminister und derzeitigem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.



Mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Europäischen Parlament.

Im vergangenen Jahr nahm er am Matthiae Wahl im Hamburger Rathaus teil.



Mit Olaf Scholz und Aydan Özoğuz beim Neujahrsempfang des Hamburger Abendblatts.



Und immer wieder Gespräche mit BürgerInnen am Info-stand, wie hier in Groß Borstel. Es gibt Kritik, aber auch gute Anregungen!



Mit unserem S&D-Fraktionsvorsitzenden Udo Bullmann im Europäischen Parlament.

Ich hatte mehrere Zusammentreffen mit US-Senator John McCain (*). Wir waren in vielen Punkten nicht einer Meinung, aber ich hatte immer hohen Respekt vor seiner gradlinigen Haltung und seinem enormen Detailwissen über den Balkan.



Jährlicher Besuch in Moskau und Meinungsaustausch mit KollegInnen der russischen Staatsduma und dem Föderationsrat.

Hier: Konstantin Kosachev und Andrej Klimov, Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Duma.



AUßENPOLITIK: RUSSLAND

IN KRISENZEITEN IST DIALOG UND DIPLOMATIE GEFRAGT



Menschenrechtsbeauftragter der Russischen Föderation Michail Fedotov



Besuch bei der unabhängigen, russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Ein wahrer Pflichttermin!

Russland ist und bleibt ein schwieriger Partner. Die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim war genauso inakzeptabel wie der Einmarsch mit 40 000 als Zivilisten verkleideten Soldaten in die Ost-Ukraine. Da die Europäische Union nicht weggucken wollte und eine militärische Konfliktlösung nicht infrage kam, blieb nur der Weg, über wirtschaftliche Sanktionen Druck auf Moskau auszuüben. Unseren Sanktionen folgten Gegensanktionen von der russischen Seite. Dies schadet beiden Seiten und eine Konfliktlösung ist dadurch nicht näher gerückt. Dennoch glaube ich, dass man Sanktionen nicht

einfach wieder zurücknehmen kann. Ein Abbau der Sanktionen kann nur erfolgen, wenn es auch Fortschritte im Minsker Verhandlungsprozess gibt. Das gilt in erster Linie für Russland. Wir müssen allerdings auch darauf bestehen, dass Kiew seinen Teil der Vereinbarung ebenfalls einhält. Gefährlicher Weise ist mit dem Verhängen der gegenseitigen Sanktionen ein Stopp vieler Gesprächsformate verbunden gewesen. Der NATO-Russland-Rat tagte lange Zeit gar nicht. Aus G8 wurde G7. Die EU-Russland-Gipfel finden nicht mehr statt. Selbst der Parlamentarische Kooperationsausschuss zwischen der russischen Duma

und dem Europäischen Parlament tagt seit vier Jahren nicht mehr. Welch ein Fehler! Wir brauchen diese Dialoge doch gerade, wenn wir miteinander Konflikte auszutragen haben.

Erinnern wir uns daran, dass der gesamte Helsinki-Prozess begonnen hat unmittelbar nach dem Einmarsch der Truppen des Militärbündnisses des Warschauer-Pakts in die Tschechoslowakei. Zudem werden wir globale Herausforderungen wie Migration oder Terrorismus gemeinsam besser angehen können. Sprachlosigkeit muss ein Ende haben, wenn eine bessere Zukunft beginnen soll.



Stellvertretender Duma-Vizepräsident Pjotr Tolstoj (l.)

Belgrader Konsultationen

Nach vier Jahren verordneter Sprachlosigkeit im Europaparlament hat die S&D-Fraktion unter meiner Federführung einen neuen Weg zum Dialog mit Russland gesucht und gefunden. „Belgrade Consultations“ nennen wir das Gesprächsformat, in dem wir in diesem Jahr zum vierten Mal zusammenkommen. Wir treffen uns mit Abgeordneten der Duma und des Föderationsrates. Wir sprechen über Probleme, die sowohl in Russland als auch in der EU auftreten. Migration ist zum Beispiel ein solches Thema. Ich weiß, mit diesen Gesprächen werden wir keine Politikwende herbeiführen. Doch sie tragen dazu bei, eine Atmosphäre zu schaffen, in der auch über Konflikte geredet werden kann. Die Gespräche finden in Belgrad statt, weil Belgrad sich nicht an den EU-Sanktionen beteiligt und deshalb auch russische Abgeordnete dabei sein können, die derzeit nicht in die EU einreisen dürfen.

AUßENPOLITIK: USA

UNSERE EUROPÄISCHE ANTWORT AUF TRUMPS AMERICA FIRST

MUSS HEIßEN *EUROPE UNITED!*

Mit der Amtsübernahme durch Präsident Donald Trump hat sich unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und seiner Administration wesentlich verschlechtert. Mit seiner nationalistischen *America First*-Politik macht Trump deutlich, dass ihm wenig an multinationalen Übereinkünften oder Multilateralismus generell liegt. Er bevorzugt es, mit einzelnen Staaten sogenannte *Deals* zu erarbeiten. Dementsprechend ist er wahrlich kein Freund der EU.

Es ist für die USA eben sehr viel vorteilhafter mit einzelnen Staaten zu handeln, weil die Kräfteverhältnisse ungleicher sind.

Unsere europäische Antwort auf *America First* heißt *Europe United*. Nur wenn wir gemeinsam agieren, haben wir eine Chance, anderen starken Mächten Paroli zu bieten und faire Verträge zu verhandeln.

Es geht nicht nur um wirtschaftlichen Erfolg.

In erster Linie geht es darum, wie wir für uns, unsere Kinder und Enkel Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherstandards erhalten können.

Sie alle würden sehr schnell Makulatur werden, wenn sich das, was Helmut Schmidt Raubtierkapitalismus nannte, durchsetzen würde. Es entstünde eine globalisierte Wirtschaft ohne staatliche Rahmensezung.

Progressive Politik in schwierigen Zeiten

In schwierigen Zeiten kommt es darauf an, dass die progressiven Kräfte in Europa und anderen Teilen der Welt eng zusammenarbeiten. In meinen Gesprächen mit Senator Bernie Sanders und dem Vorsitzenden der amerikanischen Gewerkschaft Richard Trumka, aber auch mit dem aus New York kommenden, demokratischen Kongressabgeordneten Gregory Meeks sind wir übereingekommen, einen partnerschaftlichen Dialog zwischen S&D und US-Demokraten in Brüssel zu beginnen. Auf der europäischen Seite werde ich die Koordination übernehmen, auf der amerikanischen Seite übernimmt Meeks. Ich freue mich auf den Start im Februar 2019.



Bernie Sanders (r.)



Gregory Meeks (r.)

Senatorin Elisabeth Warren aus Massachusetts ist eine der Hoffnungsträgerinnen progressiver Politik. Eine Frau aus dem normalen Leben, die weiß, wie es der Mittelklasse geht, die nicht zu den privilegierten Politikfamilien der Vereinigten Staaten gehört. Sie hat ihren WählerInnen versprochen, nach den „Midterm-Elections“ im November 2018 ernsthaft darüber nachzudenken, für das Amt der US-Präsidentin zu kandidieren. Es lohnt sich auf sie zu achten und ihre Worte zu hören.



Elisabeth Warren (l.)

EU-ERWEITERUNGSPOLITIK

MEIN ENGAGEMENT FÜR VERSÖHNUNG, WOHLSTAND UND EINE EUROPÄISCHE ZUKUNFT AUF DEM WESTBALKAN

Die EU ist keine einsame Insel. Unsere Lebensrealität zu Hause lässt sich nicht trennen von der Lebensrealität der Menschen, die in unserer Nachbarschaft leben. Der Westbalkan ist zwar eindeutig Teil Europas, bisher aber noch nicht Teil der EU.

Wir müssen nur auf diese Region und ihre schmerzliche Geschichte blicken, um uns zu verdeutlichen, wie es in Europa aussehen könnte, ohne das erfolgreichste Friedensprojekt unserer Geschichte:

Europäische Integration, Aussöhnung, Zusammenarbeit.



Mazedoniens Premier Zoran Zaev (r.)

Mein Engagement in dieser Region liegt mir als Sozialdemokrat ganz besonders am Herzen. Wichtig ist mir dabei immer zweierlei: Erstens, die EU-Erweiterungspolitik ist kein Selbstzweck, sondern in unserem eigenen Interesse. Zweitens, die Länder der Region müssen vor dem Beitritt zur EU ihre „Hausaufgaben“ machen: bei politischen Reformen, Rechtsstaatlichkeit, Verbesserung der sozialen Lebensverhältnisse und Normalisierung ihrer Beziehungen zu ihren Nachbarn. Wir wollen ihnen dabei helfen.

Albanien

Im vergangenen Mandat erhielt ich das Vertrauen meiner KollegInnen in Albanien als vom Parlament beauftragter Vermittler dabei zu helfen, die tiefe innenpoliti-

Gesprächen einen Durchbruch erzielt, so dass der politische Wettbewerb der Ideen wieder im Parlament ausgetragen werden konnte. Als Berichterstatter des Par-



Albaniens Premierminister Edi Rama (l.)

sche Krise, in die das Land gefallen war, zu überwinden. Ich übernahm diese Vermittlerrolle gemeinsam mit einem EVP-Abgeordneten.

Nach der Wahl im Sommer 2014 hatten die Oppositionsparteien einen Boykott des Parlaments begonnen. Kurz vor Weihnachten hatten wir dann endlich in den

laments für Albanien helfe ich mit, zum Beispiel die Justizreform dort umzusetzen.

Gleichzeitig gehen die Arbeiten weiter im Kampf gegen Korruption und Organisiertes Verbrechen, für mehr Transparenz in der Verwaltung und einer Verbesserung der Wirtschaftslage.

Mazedonien

Eine ähnliche Schlichterrolle spiele ich derzeit in FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia), wohin ich häufig vom Parlament entsandt werde, um zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln. Darüber hinaus bin ich sehr glücklich, dass ich in meiner anderen Rolle als ASB-Bundvorsitzender viele soziale Projekte in der Region voranbringen konnte. Denn wenn wir den Menschen vor Ort nicht helfen, bessere Lebensbedingungen zu schaffen, nützen

auch alle klugen, „staatsmännischen“ Verhandlungen mit hochrangigen PolitikerInnen nichts.



Kundgebung der mazedonischen SozialdemokratInnen, 2015

HAMBURG IN EUROPA

REGELMÄßIGE BESUCHE POLITISCH INTERESSIERTER HAMBURGER

Die europäische Politik beeinflusst unser aller Alltag. Um HamburgerInnen die europäischen Institutionen und meine Arbeit im Europäischen Parlament näherzubringen, lade ich regelmäßig Menschen nach Brüssel oder Straßburg ein.

Viele BürgerInnen, Schulklassen und Studierende, LehrerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen und UnternehmerInnen besuchen mich regelmäßig im Europaparlament, stellen Fragen, diskutieren, regen an.

Ich möchte meine Arbeit erklären und greifbarer machen. Umgekehrt nehme ich aber auch jedes Mal viel mit aus diesen Gesprächen. Ohne Dialog und Austausch kann man keine erfolgreiche Politik machen.

Informationsfahrten zum Europäischen Parlament



Together in Solidarity



Anlässlich des UN-Weltflüchtlingstages haben wir SozialdemokratInnen mehr als hundert Geflüchtete und Ehrenamtliche nach Brüssel eingeladen, um ihre Geschichten mit uns zu teilen.

Besonders habe ich mich über die Teilnahme von Fakhria Najem, Sonja Clasing und Mohammad Faisal Aleefi aus Hamburg gefreut.

Jedes Jahr organisiert mein Hamburger Büro zwei große Besucherreisen für interessierte HamburgerInnen zum Europäischen Parlament in Brüssel oder Straßburg. Dort können sie die Plenarsitzung verfolgen und das Gespräch mit mir und meinen sozialdemokratischen KollegInnen suchen. Ein Besuch der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und in der Parlamentarischen Gesellschaft gehören auch dazu. Zusätzlich gibt es viele Gruppen, denen wir bei der eigenen Organisation einer solchen Reise helfen. Bis zu dreißig Gruppen begrüße ich pro Jahr im Europäischen Parlament.

Hamburg-Abend in Brüssel

Zwei Mal im Jahr lade ich ein zum Hamburg-Abend in Brüssel. Dort treffen sich in entspannter Atmosphäre viele HamburgerInnen, die in Brüssel arbeiten und leben. Es ist wichtig auch für meine Arbeit, dass sie den Bezug zu unserer Stadt nicht verlieren. Verschiedene ReferentInnen aus Hamburg berichten dabei, was es Neues gibt. Das letzte Mal war dankenswerterweise unsere Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit zu Gast.



Hamburg-Abend mit Carola Veit (r.)

Knut Fleckenstein:

NICHT MIT UNS!



Am 29. September haben sich weit über 20 000 Menschen in Hamburg versammelt, um unter dem Motto

UNITED AGAINST RACISM

zu demonstrieren. Sie haben deutlich gezeigt, dass Hamburg eine bunte Stadt ist und bleibt. Darauf kann man stolz sein und viele KollegInnen im Europäischen Parlament haben mich auf diese Demonstration angesprochen.



Natürlich hat mir auf dieser Demo nicht jede Rede gefallen, mich nicht jedes Plakat erfreut, und dennoch, eine solche friedliche Zusammenkunft ist ein Zeichen der Stärke, des Engagements und der Weltoffenheit, die in unserer Stadt herrscht und die auch in ganz Europa herrschen sollte.

Wir setzen uns mit denen auseinander, die ernstzunehmende Ängste haben und deshalb klare Antworten bezüglich ihrer Sicherheit haben wollen. Aber die Bilder, die wir in den letzten Wochen und Monaten gesehen haben, sind ekelhaft. Braune Horden und AfD-Politiker treffen sich, um Deutschland „zu retten“. Hass und Ausländerfeindlichkeit werden wieder ganz offen gezeigt.

Weder der AfD in Deutschland, noch den Orbans, den Le Pens, den Salvinis oder den Wilders in ganz Europa werden wir nachgeben. Für die S&D-Fraktion kommt eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten, Rechtsradikalen oder Faschisten nicht infrage. Was diesen braunen Sumpf verbindet, ist der Wille un-

sere europäischen Werte zu negieren und die Völker zu spalten, statt zu versöhnen. Wir wissen genau, wohin das führt. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Ergebnisse solcher Politik immer wieder Neid, Hass und oft genug Kriege sind.

Für uns SozialdemokratInnen ist das nicht hinnehmbar. Ihrer zum Teil menschenverachtenden Politik setzen wir unsere Arbeit für Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit entgegen.



Das Team



Impressum

V.i.S.d.P.: Knut Fleckenstein, MdEP

Büro Hamburg:
Knut Fleckenstein, MdEP
Kurt-Schumacher-Allee 10,
20097 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 280 955 82
europa@knut-fleckenstein.eu

Büro Brüssel:
Knut Fleckenstein, MdEP,
Parlement européen, ASP12G305
Bât. Altiero Spinelli
Rue Wiertz 60, 1047 Bruxelles, Belgien

Tel.: +32 228 475 48
knut.fleckenstein@europarl.europa.eu

Gestaltung: Ana Julia Kuszmierz

MitarbeiterInnen:
Nina Lund
Ana Julia Kuszmierz
Friedrich Carl
Jan Meder

MitarbeiterInnen:
Lara Schalthoff
Ralf Kuhne

S&D